

Fordismus, Eurokommunismus und Neue Linke. Thesen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Arbeiterbewegung und linker Szene in der BRD

Warum gab es in Westdeutschland keinen Eurokommunismus? Eine naheliegende und kurze Antwort könnte auf das Schattendasein der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hinweisen: Diese nach einer langen Verbotsphase neu gegründete Nachfolgerin der Weimarer KPD galt wegen ihrer finanziellen und organisatorischen Abhängigkeit als bloße Filiale der SED und war weder fähig noch willens, reformkommunistische Politikformen zu entwickeln.

Diese Erklärung würde jedoch ausblenden, in welchem Kontext der westdeutsche Partei-kommunismus nach 1968 stand. Die Existenz der Studentenbewegung samt ihrer Dachorganisation, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), und nach deren Zerfall der Aufstieg der »Neuen Sozialen Bewegungen« Ende der Siebzigerjahre lassen vermuten, dass es in Westdeutschland durchaus Potenzial für reformkommunistische oder linkssozialistische Politik gab. Dieses Potenzial wurde jedoch, anders als etwa in Frankreich oder Italien, nicht in Form einer Partei gebündelt, was allerdings nicht nur mit dem Dogmatismus der DKP und anderer Akteure erklärt werden kann, sondern tiefere strukturelle Ursachen hat. Diese sind teilweise eine Folge der spezifischen historischen Bedingungen Deutschlands, insbesondere der Unterbrechung der Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus und des KPD-Parteiverbots von 1956, welches wiederum auf die deutsche Teilung und die westdeutsche Sondersituation im Kalten Krieg verweist. Damit eng verbunden ist die deutsche Wahrnehmung internationaler Ereignisse, wie den Ungarischen Volksaufstand 1956 und den Prager Frühling 1968. Während diese Folgen der Entstalinisierung in Westeuropa schon in den Fünfzigerjahren Auftrieb für eine intellektuelle »Neue Linke« bedeuteten, verstärkten sie in Westdeutschland nur den allgemeinen Antikommunismus.

Eine bisher jedoch im Zusammenhang mit dem Eurokommunismus kaum untersuchte Entwicklung ist die Etablierung fordistischer Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa. Sie soll im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen, denn sie ist zentral für das Verständnis kommunistischer Parteipolitik im Nachkriegseuropa.

Sowohl die Etablierung des Fordismus in den frühen Fünfzigerjahren als auch seine End- und Krisenphase von 1967 bis 1973 gingen mit Individualisierungsschüben einher. Die Krise des Fordismus besiegelte schließlich das Ende jener konformistischen Massengesellschaften, auf deren Politikformen die Arbeiterbewegung und ihre Parteien bis dahin beruhten. Die Selbstverständlichkeit kollektivistischer Meinungsbildung in Betrieb und Öffentlichkeit

wich einem Bedürfnis nach Individualität und Distinktion – zunächst im Konsum, später aber auch im Protest gegen die Konsumgesellschaft. Wenn man also im Westdeutschland der Siebzigerjahre statt des Eurokommunismus eine zersplitterte linke »Szene« vorfindet, so verweist dies auf die besondere Ausformung einer ausgeprägten Krise politischer Repräsentation. Diese Krise formte auch die Politik der eurokommunistischen Parteien Westeuropas, konnte von ihnen jedoch nicht gelöst werden.

Sowohl die Entstalinisierungskrisen von 1956 und 1968 als auch Aufstieg und Krise des Fordismus wirkten in Westeuropa und der BRD sehr unterschiedlich auf die kommunistische Bewegung. In Frankreich und Italien, wo noch eine intakte Kommunistische Partei vorhanden war, erhöhten beide Entwicklungen den Reformdruck und brachten den Eurokommunismus hervor. In Westdeutschland hingegen besaß die KPD/DKP weder genug Substanz noch Handlungsfreiheit, um sich in diese Richtung zu entwickeln. Die Renaissance linker Politik vollzog sich nicht in einer kommunistischen Massenpartei, sondern brachte neue politische Formen hervor.

Antifaschismus und Kommunismus in Westeuropa

Nachdem sich im Zuge einer erweiterten Entstalinisierung seit Ende der Sechzigerjahre zahlreiche westeuropäische kommunistische Parteien von der Führung der Sowjetunion zu lösen begannen, bürgerte sich in der öffentlichen Debatte ab 1975 der Sammelbegriff des »Eurokommunismus« ein.¹ Gemeint war damit nicht nur die europäische Politik: Auch Parteien in Japan, Australien und Venezuela wurden unter dem Begriff subsumiert.² Eurokommunismus war also keine geografisch beschränkte Bezeichnung, sondern meinte einen heterogenen Reformkommunismus, der in Abgrenzung zum Führungsstil der KPdSU und ihrer Bündnispartner in Osteuropa einen demokratischen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft anstrebte.³ Die Ausprägungen des Eurokommunismus waren national sehr unterschiedlich – während er in Italien einen gravierenden inneren Wandel der Parteistruktur bedeutete, war die eurokommunistische Entwicklung des französischen Parti Communiste Français (PCF) eher taktischer Natur.⁴ So unterschiedlich wie die Ausprägungen waren auch die Deutungen des Begriffes. Es handelte sich eher um einen historischen Suchprozess als

1 Der Begriff stammt vom jugoslawischen Journalisten Frane Barbieri, siehe Nikolas Dörr: *Wandel des Kommunismus in Westeuropa – Eine Analyse der innerparteilichen Entwicklungen in den kommunistischen Parteien Frankreichs, Finnlands und Italiens im Zuge des Eurokommunismus*, Berlin 2006, S. 10.

2 Siehe Wolfgang Leonhard: *Eurokommunismus – Herausforderung für Ost und West*, Gütersloh 1978, S. 317–343. Dörr nennt zusätzlich die KP Madagaskars und die Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos. Siehe Dörr: *Wandel* (Anm. 1), S. 11.

3 Reformkommunistische Ideen aus Osteuropa, beginnend mit der antistalinistischen Wende in Jugoslawien 1948, gelten als wesentlicher Vorläufer des Eurokommunismus.

4 Siehe Francesco Di Palma: *Die SED, die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) und die Kommunistische Partei Italiens (PCI) von 1968 bis in die Achtzigerjahre. Ein kritischer Einblick in das Dreiecksverhältnis*, in: *Deutschland Archiv* (2010), H. 1, S. 80–89.

um ein kohärentes Konzept, und der Eurokommunismus blieb letztlich, wie Harald Neubert formuliert, »in einem deklarativen Stadium stecken«.⁵

Dieser historische Suchprozess wurde erst durch das Ende des Stalinismus möglich. Interessant ist allerdings, dass zwischen dessen »offiziell« Ende durch Chruščëvs Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und 1970, dem Jahr, auf das Wolfgang Leonhard den Durchbruch des Eurokommunismus datiert, fast 15 Jahre vergingen.⁶ Lange Zeit waren also weder die sowjetischen Machthaber noch das Führungspersonal der kommunistischen Parteien Westeuropas an einer ernsthaften Aufarbeitung des Stalinismus interessiert. Man einigte sich auf das Paradigma des »Personenkults«, das die Verantwortung für eigenes Unrecht auf Stalin schob und damit der Schuldabwehr diene.⁷ Als weiterer Grund für die verzögerte Aufarbeitung mag die Tatsache gelten, dass erst Ende der Sechzigerjahre ein beschleunigter gesellschaftlich-ökonomischer Wandel in Westeuropa einsetzte und den Reformdruck erhöhte.

Ein dritter Grund bestand schließlich darin, dass die kommunistischen Parteien Westeuropas in den Fünfziger- und Sechzigerjahren wegen ihres Widerstands gegen den Nationalsozialismus eine relativ hohe gesellschaftliche Anerkennung genossen.⁸ Die Beteiligung an diesem Kampf hatte etwa den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs eine Stellung im politischen Spektrum gesichert, die auch von ihren bürgerlichen Gegnern nicht grundsätzlich bestritten wurde. Als seinerzeit entscheidender Teil einer patriotischen Front gegen Hitler konnten sie den Vorwurf der Fremdsteuern, verbunden mit dem alten Ressentiment gegen die »Vaterlandslosigkeit« der Arbeiterbewegung vergleichsweise leicht von sich weisen. Diese Integration beruhte jedoch nicht nur auf gemeinsamer Erinnerung, sondern noch mehr auf einem gemeinsamen Vergessen: Sie ignorierte die Affinität des italienischen Bürgertums zum Faschismus, die Kollaboration zahlreicher Franzosen mit dem deutschen Faschismus und den fehlenden Widerstand der Kommunisten während des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 bis 1941.

Eine ähnliche Konstellation ergibt sich in Spanien, wo sich die Kommunisten des Exils auf die Verteidigung der Spanischen Republik und den andauernden Widerstand gegen Franco berufen konnten. Auch hier wurden eigene Verbrechen verdrängt, eigene Leistungen hervorgehoben und eine selektive Wahrnehmung der Vergangenheit etabliert. Parallelen gibt es ebenso in Griechenland, wo ebenfalls kommunistische Partisanen an der Befreiung des Landes entscheidend mitwirkten.

5 Harald Neubert: Eurokommunismus, in: Wolfgang Fritz Haug u. a. (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg 1994.

6 Siehe ebd., S. 150.

7 Diese Interpretation hatte Chruščëv in seiner Rede bereits vorgezeichnet, siehe Nikita Chruščëv: Die Geheimrede Chruschtschows – Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990. Zur Funktion der Geheimrede und der These vom Personenkult im Machtkampf der Nach-Stalin-Ära siehe auch Michail Prozumenščikov: Ereignisse, die die kommunistische Welt erschütterten. Zum 50. Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU, in: Ulrich Mählert u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (im Folgenden: JHK) 2006, Berlin 2006, S. 49–65.

8 Siehe dazu Bruno Groppo und Filippo Focardi: The Changing Memories of World War II and the Resistance in Italy and France: A Comparative View, in: Arbeiter- und soziale Bewegungen in der Öffentlichen Erinnerung – eine Globale Perspektive. Tagungsband der 46. Konferenz der ITH, Wien 2011.

Der Widerstand gegen den Faschismus durch die Kommunisten war somit eine europäische Erfahrung, die einerseits eine historische Leistung darstellte, andererseits als politischer Mythos die Aufarbeitung des Stalinismus verhinderte.

Das Ende der KPD in Westdeutschland

Deutschland als Ursprungsland des Nationalsozialismus teilte diese europäische Erfahrung nicht. Hier hatte die Arbeiterbewegung niemals einen bewaffneten Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt, von vielen einzelnen mutigen Sabotageakten und Widerstandshandlungen einmal abgesehen. Zwar waren in der DDR Antifaschismus und kommunistischer Widerstand wesentliche Legitimationsmuster staatlichen Handelns, jedoch ist allein die Existenz der DDR Beweis genug, dass es im zweigeteilten Deutschland ab 1945 keine gemeinsame antifaschistische Erinnerungskultur gab.

Während in der DDR Orte wie die Gedenkstätte Buchenwald das Martyrium und den Widerstand kommunistischer Häftlinge auch nachfolgenden Generationen ins Gedächtnis riefen, alle anderen Opfer- und Widerstandsgruppen jedoch de-thematisierten, wurden die Kommunisten in Westdeutschland von der Erinnerung ausgeschlossen und waren sogar neuen Verfolgungen ausgesetzt. Diese staatliche Politik wurde durch die Schlusstrich-Mentalität einer Bevölkerung getragen, die mehrheitlich aus Mitläufern bestand, das eigene Kriegsleiden hervorhob und dem ehemaligen Exil und Widerstand tendenziell ablehnend gegenüberstand. Dies galt auch für die Arbeiterschaft als Klientel der KPD: Zwölf Jahre Nationalsozialismus hatten gewerkschaftliche und klassenkämpferische Traditionen unterbrochen und den vorhandenen Nationalismus noch verstärkt.

Selbstverständlich gab es auch in der DDR Mitläufertum und Schlusstrich-Mentalität. Diese bezogen sich jedoch explizit auf die angebliche »Ausrottung« der kapitalistischen Wurzeln des Faschismus – waren also zumindest nominell prokommunistisch.

Im Westen hingegen wurde im Sinne der Totalitarismustheorie Antifaschismus immer auch mit Antikommunismus gleichgesetzt – eine Gleichsetzung, die in Westeuropa nie in dieser Form hegemonial wurde.⁹ Das Verhalten der Sowjetunion und der DDR während der Berlin-Blockade und des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 trug dazu bei, die antikomunistische Haltung der westdeutschen Bevölkerung zu bestätigen und zu verstärken. Diese Gewaltmaßnahmen, verbunden mit der Abhängigkeit der westdeutschen KPD, die keinerlei Kritik an der DDR-Politik leisten konnte oder wollte, führte dazu, dass die KPD schon vor ihrem Verbot 1956 von der arbeitenden Bevölkerung in Westdeutschland kaum noch als eine mögliche politische Vertretung angesehen wurde.

Die Entstalinisierung stellte zwar die Totalitarismustheorie infrage, der Mauerbau 1961 bedeutete jedoch einen weiteren politischen Einschnitt. Während die Mitglieder der westeuropäischen kommunistischen Parteien mit der Berliner Mauer keine persönlichen Erfahrungen

9 Siehe Bernd Faulenbach: »Antikommunismus« als Problem der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – Skizze über einen ungeklärten Begriff der Nachkriegsepoche, in: Mählert u. a. (Hg.): JHK 2008 (Anm. 7), S. 231–238.

gen verbanden, diese Bestätigung der endgültigen Teilung Deutschlands aus sicherheitspolitischen Gründen vielleicht sogar befürworteten, war die Mauer in der westdeutschen Öffentlichkeit ein permanenter Stein des Anstoßes, zu dem sich jede linke oder kommunistische Bewegung erklären musste. Der Mauerbau verschärfte das grundsätzliche Problem der Zweistaatlichkeit und hatte zur Folge, dass es für Kommunisten in Deutschland kein einheitliches politisches Handlungsfeld gab. Die Spaltung der Nation führte zu einer organisatorischen Spaltung der Partei, und die wichtigsten Kader waren in der SBZ bzw. DDR aktiv, was wiederum die westdeutsche KPD schwächte, die von Beginn an nicht als autonome Einheit agieren konnte.

Anfang der Sechzigerjahre war der Parteikommunismus in Westdeutschland also marginalisiert, illegalisiert und politisch diskreditiert. Die Vorbedingung für die Entwicklung eines deutschen Eurokommunismus, nämlich eine intakte orthodoxe kommunistische Partei, war nicht vorhanden.

Fordismus und Wohlfahrtsstaat

Die Fünfzigerjahre standen nicht nur in der BRD, sondern in ganz Westeuropa im Zeichen eines »Wirtschaftswunders«: einer Phase der wirtschaftlichen Prosperität, die begleitet wurde vom Aufbau eines Wohlfahrtsstaates mit dem erklärten Ziel, die Klassenwidersprüche des Kapitalismus abzumildern oder gar abzuschaffen. Die Beschreibung dieser Situation als »fordistisch« oder »Fordismus« stützt sich auf die Schriften des italienischen Philosophen Antonio Gramsci (1891–1937), der posthum zu einem der wichtigsten theoretischen Impulsgeber des Eurokommunismus wurde.¹⁰ Gramsci setzte sich vor dem Hintergrund des italienischen Faschismus mit der Frage auseinander, warum die sozialistische Revolution in Russland erfolgreich, in den entwickelten Industriestaaten des Westens jedoch erfolglos war. In seinen in faschistischer Haft verfassten *Gefängnisheften* zog er als Vergleich immer wieder auch die USA heran, die er als fortschrittlichsten kapitalistischen Staat seiner Zeit wahrnahm. Dort waren schon vor der Weltwirtschaftskrise die Anfänge einer Entwicklung sichtbar, die etwa in den Fabriken von Henry Ford die Arbeiterklasse durch Hochlohnpolitik als Konsumentenschicht in die kapitalistischen Kreisläufe integrierte und somit die Nachfrage sicherte. Diese auf standardisierter Massenproduktion und -konsumtion basierende Gesellschaftsformation bezeichnete Gramsci als Fordismus.¹¹ Sie bedeutete ihm zufolge einen Übergang »vom alten ökonomischen Nationalismus zur programmatischen Ökonomie« bei gleichzei-

10 Ausgearbeitet und wirkmächtig wurden Gramscis Analysen durch eine Reihe späterer Systematisierungen, die vor allem in der Krise des Fordismus seit den Siebzigerjahren entstanden. Ich stütze mich im Folgenden vor allem auf Joachim Hirsch/Roland Roth: *Das neue Gesicht des Kapitalismus – vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986 sowie Joachim Bischoff/Richard Detje: *Massengesellschaft und Individualität – Krise des »Fordismus« und die Strategie der Linken*, Hamburg 1989.

11 Gramscis Studien zum Fordismus liegen gesammelt vor in: Antonio Gramsci: *Amerika und Europa*, hg. von Thomas Barfuss, Hamburg 2007. Er stützte sich dabei auf bürgerliche Debatten zum »Fordismus«, die in den Zwanzigerjahren in Europa geführt wurden. Siehe dazu für Deutschland: Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld: *Fordismus – über Industrie und Technische Vernunft*, 3. Aufl. Jena 1926.

tiger »Rationalisierung der Bevölkerung«.¹² Der Fordismus veränderte also nicht nur die Ökonomie, sondern auch die Menschen. Gramsci hatte hier eine gesellschaftliche Formation beschrieben, wie sie auch in Europa ab den Fünfzigerjahren dominant wurde.

Die Klassengesellschaft der Zwanzigerjahre verschwand im Fordismus zwar nicht, denn nach wie vor gab es einen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Dieser wurde jedoch radikal verändert nicht nur durch eine Stärkung und Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, sondern vor allem durch die erstmals in der Geschichte vorhandene Möglichkeit von Massenkonsum durch die Lohnarbeitenden selbst. Die von Gramsci konstatierte »Rationalisierung der Bevölkerung« vollzog sich dabei durch intensiverte Produktionsformen am Arbeitsplatz, aber auch durch standardisierten Konsum in der nun in ungeahnter Fülle vorhandenen »Freizeit«.¹³

Die Etablierung dieser Produktionsform wurde in Westdeutschland zwar von konservativen Regierungen vorangetrieben, nützte aber zunächst auch der sozialen Basis der SPD und der Gewerkschaften. Insbesondere Letztere setzten durch, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen durch Lohnsteigerungen ihren Anteil an der Produktivkraftsteigerung geltend machen konnten. Obwohl linkssozialistische Gewerkschafter wie Otto Brenner und mit ihm weite Teile der IG Metall an der Idee des Klassenkampfes festhielten,¹⁴ so hatte doch insgesamt die Idee der »sozialen Marktwirtschaft« – also der soziale Kapitalismus – eine deutliche Hegemonie.

Die SPD reagierte auf diesen Wandel durch ihr Godesberger Programm von 1959, in dem sie sich vom Marxismus abwandte. Diese Wende markierte die politische Niederlage einer ganzen Reihe von Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich nach 1945 als Sozialisten oder Ex-Kommunisten der SPD angeschlossen hatten. Denn angesichts der Kontinuität des Stalinismus war in Westdeutschland nicht die KPD, sondern die SPD zum Sammelbecken verschiedener unorthodoxer antikapitalistischer Strömungen geworden. In der Hoffnung auf eine sozialistische Perspektive hatten sich diese Kreise in der Sozialdemokratie gesammelt, mussten jedoch zusehen, wie über die ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen von konservativen Kräften entschieden wurde.¹⁵ Während es Ende der Vierzigerjahre noch Widerstand gegen die Restaurationstendenzen gegeben hatte, kam dieser in der Prosperitätsphase der Fünfzigerjahre völlig zum Erliegen.¹⁶

Joachim Hirsch und Roland Roth stellen dazu die These auf, dass bereits die mit dem Fordismus verbundene tayloristische Rationalisierung in den Betrieben die Facharbeiterschaft

12 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bde, Hamburg 1991, Heft 22, §1, S. 2139.

13 Joachim Hirsch und Roland Roth sprechen in diesem Zusammenhang von einer »Übertragung der Logik des Taylorismus auf die Sphäre von Freizeit und Konsum« – etwa mittels der Strukturierung des Familienlebens durch das Fernsehprogramm. Siehe Hirsch/Roth: Das neue Gesicht (Anm.10), S. 60.

14 Siehe Jens Becker/Harald Jentsch (Hg.): Otto Brenner. Ausgewählte Reden 1946–1971, Göttingen 2007.

15 Siehe dazu Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer, Hannover 2008, insbesondere S. 53 f.

16 Zum Restaurationsbegriff siehe ausführlich ebd., S. 17–48. Zu den heftigen aber heute meist unbekannten Widerständen gegen die Etablierung einer Marktwirtschaft in Westdeutschland siehe Jörg Roesler: Zwei Währungsreformen im besetzten Deutschland. Konzepte und Korrekturen, in: Utopie kreativ, 2008, H. 215, S. 818–827, insbesondere S. 822.

als streikfähige Basis der Arbeiterbewegung entscheidend schwächte.¹⁷ Der allgemeine Arbeitskräftemangel dürfte jedoch einen solchen Verlust an Kampfkraft ausgeglichen haben. Entscheidender war wohl die Tatsache, dass Massenkonsum, Freizeitindustrie und die Etablierung der Kleinfamilie als Norm und Raum des Privatlebens in der Arbeiterschaft eine Verbürgerlichung und Individualisierung mit sich brachten.¹⁸ Die Hegemonie konservativer Kräfte im »CDU-Staat« Westdeutschland verstärkte diese Erosion von überkommenen Milieus der Arbeiterbewegung, deren Tradition vielerorts bereits während der Verbotsphase des NS gekappt worden war.¹⁹

Eine »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«²⁰ schien somit die alte Klassengesellschaft ökonomisch, kulturell und sozial abgelöst zu haben. Klassenschranken, die in der Weimarer Republik schon am Kleidungsstil erkennbar waren, wurden nun völlig fragwürdig. Vor diesem Hintergrund schien der Wandel der SPD von der Arbeiterpartei zur »Volkspartei« konsequent. Paradoxerweise nahm zur gleichen Zeit die Zahl der Lohnabhängigen in der Bevölkerung ständig zu.²¹

1968 und der gescheiterte Neuanfang des Kommunismus

Die Jahreszahl 1968 wurde zur Chiffre für die Entstehung und den Aufschwung einer neuen Form von linker Bewegung, die sich zwar auf den Sozialismus berief, aber völlig andere Akteure und Politikformen umfasste.²² Die insbesondere in Deutschland als »Studentenbewegung« betitelte Entwicklung war letztlich eine breitere Absatzbewegung, in der sich Teile der jüngeren Generation vom individualisierten Konformismus der Wirtschaftswunderzeit distanzieren. Ihre Rebellion stand gegen den fordistischen Konsumkonsens, den die traditionelle Arbeiterbewegung in Westeuropa eine Generation lang mitgetragen hatte.

17 Siehe Hirsch/Roth: Das neue Gesicht (Anm. 10), S. 50–53.

18 Zwar war die bürgerliche Kleinfamilie schon im 19. Jahrhundert als Ideal in der deutschen Arbeiterbewegung präsent, wie etwa die stets kritische Haltung zur Frauenarbeit bewies. Realisiert werden konnte ein derartiger Lebensstil in breiterem Umfang jedoch erst in den Fünfzigerjahren.

19 In Anlehnung an eine Studie aus dem Jahr 1967 charakterisierte Wolf-Dieter Narr mit dem Begriff »CDU-Staat« die konservative Hegemonie nicht nur in der Gesellschaft, sondern vor allem auch in den Institutionen der frühen BRD. Siehe Wolf-Dieter Narr: Der CDU-Staat, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 – ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008, S. 51–70.

20 Der Begriff wurde 1953 vom Soziologen Helmut Schelsky für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft geprägt. Siehe Helmut Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1953; sowie ders.: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf 1965, S. 331–336.

21 Vor allem Landwirtschaft und Kleingewerbe gingen drastisch zurück. Siehe dazu Hirsch/Roth: Das neue Gesicht (Anm. 10), S. 54.

22 Neuere Forschungen betonen hinsichtlich des vermeintlichen Epochenjahres 1968 eine Kontinuität sozialer Proteste und Opposition auch in der frühen BRD. Siehe dazu Kritidis: Linkssozialistische Opposition (Anm. 15) sowie Roth/Rucht (Hg.): Die Sozialen Bewegungen (Anm. 19); Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. 2007; Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949–1959 – Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Bd. I-IV, Hamburg 1996.

Während sich in Italien und Frankreich jedoch breite Teile der Arbeiterschaft der Revolte anschlossen – man denke an die Streiks im Pariser Mai – waren es in Deutschland nur kleinere Teile der Jungarbeiterschaft, die etwa in Form der »Lehrlingsbewegung« den gesellschaftlichen Aufbruch unterstützten.²³ Diese Unterschiede erklären sich teilweise dadurch, dass der im Fordismus ohnehin angelegte Hang zum gesellschaftlichen Konformismus durch personelle und habituelle Kontinuitäten zur NS-Zeit in Deutschland besonders ausgeprägt war. Dies machte die Ereignisse der Achtundsechziger in der BRD mehr als anderswo zu einer Generationenrevolte. Die in der BRD besonders ausgeprägte Integration der Arbeiterbewegung in das politische System verstärkte diesen Effekt, während mit den kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich zumindest nominell ein »revolutionäres« Politikangebot seitens der älteren Generation bereitstand. Nominell deshalb, weil die kommunistischen Parteien im Zuge der Entspannungspolitik aus außenpolitischen Gründen teilweise sehr viel integrierter waren und weit konformer handelten als ihr revolutionärer Habitus erwarten ließ. Diese Entwicklung führte dazu, dass der Maoismus in Frankreich und Italien als vermeintlich revolutionärer Kommunismus attraktiv wurde.²⁴

Der Eurokommunismus erscheint vor diesem Hintergrund als ein facettenreiches Phänomen. Politisch eine Entstalinisierung, bedeutete er soziologisch eine Öffnung der Parteien für die Angestellten, die während des Fordismus mehr und mehr das Industrieproletariat als stärkste Fraktion der Lohnabhängigen ablösten. Gleichzeitig machte die wachsende politische Unabhängigkeit von Moskauer Direktiven die kommunistischen Parteien attraktiv für Teile der jüngeren Generation, die insbesondere nach dem Prager Frühling mit dem orthodoxen Kommunismus wenig anfangen konnten. Zusätzlich bedeutete die Anerkennung eines möglichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus eine quasi reformistische Wende, die die Kommunisten befähigen könnte, sich auch als Regierungspartei zu etablieren.

All diese Faktoren griffen ineinander, verstärkten sich wechselseitig und erzeugten den gesellschaftlichen Druck, der die Reformer innerhalb der kommunistischen Parteien Europas stärkte und zur Ausprägung des Eurokommunismus beitrug.

In Westdeutschland stellte sich die Lage anders dar. Nach zwölf Jahren in der Illegalität war die KPD bei ihrer durch einen Kurswechsel der Regierung möglich gemachten Umgründung zur DKP 1968 personell geschwächt.²⁵ Sie hatte kaum neue Kader rekrutieren können und blieb gesellschaftlich ausgegrenzt. Nicht nur die überkommene autoritäre Parteitradition,

23 Zur Verbindung von Studierenden- und Lehrlingsbewegung siehe Knud Andersen: »Gebremste Radikalisierung« – Zur Entwicklung der Gewerkschaftsjugend von 1968 bis Mitte der 1970er Jahre, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen, Nr. 43, Bochum 2010, S.141–158, insbes. S. 147 f.

24 Eindrucksvoll dramatisiert wird diese Dynamik in dem Film *La Chinoise – Die Chinesin* von Jean Luc-Godard aus dem Jahr 1967. Auch trotzkistische Gruppen spielten in Frankreich als Gegenpol zur PCF eine Rolle.

25 Zur Vorgeschichte der DKP-Gründung siehe Lena Darabeygi: Der Fall »Blinkfuer«. Das Bundesverfassungsgericht und die »Umgründung« der KPD zur DKP in den Sechzigerjahren, in: Mähler u. a. (Hg.): JHK 2010 (Anm. 7), S. 67–80; sowie Hans-Peter Müller: Gründung und Frühgeschichte der DKP im Licht der SED-Akten, in: Klaus Schroeder (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 251–285; Wilhelm Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben – Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Osnabrück 1989.

sondern vor allem die eigene Schwäche machte sie von Weisungen aus Moskau abhängig. Selbst wenn der Wille da gewesen wäre, hätte der neu gegründeten DKP die Basis gefehlt, um sich erfolgreich zu verselbstständigen. Ohne glaubwürdige Distanz zu Ost-Berlin und Moskau hatte eine kommunistische Partei jedoch im geteilten Deutschland sieben Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer keine ernsthafte Chance, gesellschaftlich Fuß zu fassen.

Gleichzeitig fiel die DKP-Gründung in eine Phase, in der die westdeutsche Linke sich bereits mehr und mehr auffächerte. Die verschiedenen Flügel des SDS, der nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg massiv gewachsen war und zusehends Einfluss an den Hochschulen gewann, drifteten immer mehr auseinander. Insbesondere der »antiautoritäre« Flügel widersetzte sich der überkommenen Logik von Partei und Organisationsbildung.²⁶

Auch die seit Bildung der Großen Koalition 1966 im Entstehen begriffene Außerparlamentarische Opposition (APO) verstand sich von Anfang an als heterogene gesellschaftliche Kraft jenseits von Parteien und Parlamenten. Die aus unterschiedlichen Gründen von Kommunisten und Staatsbehörden gemeinsam gehegte Hoffnung, die DKP würde zum Sammelbecken aller kommunistischen Kräfte in der BRD werden, erwies sich somit schnell als Trugschluss. Die Umgründung kam in doppelter Hinsicht zu spät: An die alte Verwurzelung in der Arbeiterschaft konnte nicht mehr angeknüpft werden und neue politische Akteure hatten bereits ganz eigene Formen entwickelt.

Diese neuen parteikritischen Politikformen entstanden nicht grundlos. Sie waren gleichermaßen Ergebnis der fordistischen Gesellschaftsformation und eine erste Form der Rebellion gegen diese. Die Ablehnung von bürokratischen Massenorganisationen und deren Uniformität war ein Reflex gegen den in der BRD besonders starken Konformismus der Fünfzigerjahre. Gleichzeitig war das Beharren der Achtundsechziger auf Individualität und Selbstverwirklichung ein Produkt genau jener spätkapitalistischen Konsumgesellschaft, die die Neue Linke eigentlich bekämpfte.²⁷ Denn es war nicht zuletzt die allgegenwärtige Produktwerbung, die an vorderster Front Selbstverwirklichung, Anderssein und Individualität als Werte einer postfaschistischen Gesellschaft propagierte. Exemplarisch wird dieser scheinbare Widerspruch am Beispiel des Einflusses der USA auf die Protestbewegung: Während man die US-Außenpolitik kritisierte und einen politischen Antiamerikanismus kultivierte, waren die Produkte der US-Kulturindustrie gleichzeitig untrennbar mit der Revolte verbunden – insbesondere im Bereich der Musik, aber auch im Bereich der Mode, wie z. B. Jeans etc.²⁸ Nach der konformistischen Individualisierung der Fünfzigerjahre, die mit der Kombination aus

26 Siehe Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*, Berlin 1977.

27 An den Universitäten war es der Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und autoritärer Realität, der zur Politisierung der Studierenden führte. Siehe dazu eine zeitgenössische Stellungnahme des AStA der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 1967, nachgedruckt in: AStA FU Berlin (Hg.): *Von der Freien zur Kritischen Universität*, Berlin 2002.

28 Auch politische Protestformen wurden aus den USA importiert, siehe dazu Bommi Baumann/Till Meyer: *Radikales Amerika. Wie die amerikanische Protestbewegung Deutschland veränderte*, Berlin 2007; sowie das unter dem Titel »... nur mal einen Stein ins Wasser schmeißen« erschienene Interview mit dem SDS-Aktivist Michael Vester in: Klaus Schönberger/Ove Sutter (Hg.): *Kommt herunter, reiht euch ein – Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Berlin 2009.

Freizeit und Konsummöglichkeiten eine vorher nie gesehene Orientierung auf Privatleben und Familie im Arbeitermilieu hervorrief, zeigte sich Ende der Sechzigerjahre ein zweiter Individualisierungsschub. Dieser deutete bereits auf eine Krise des fordistischen Gesellschaftskonsenses hin: Der Massenkonsum hatte seine Integrationskraft verloren, erste Wirtschaftskrisen und eine erste ökologische Debatte über die »Grenzen des Wachstums« kratzten darüber hinaus an der ideologischen Hegemonie der Wohlstandsgesellschaft. Die *konformistische* Individualisierung wurde in dieser Phase abgelöst von einer *subjektiven* Individualisierung, welche Wert auf individuelle Emanzipation, Selbstverwirklichung und die Überwindung repressiver sozialer Normen legte. Die Ausdrucksformen dieser Subjektivierung reichten von musikalischer Gegenkultur über Forderungen nach sexueller Befreiung und weiblicher Emanzipation bis hin zu politischer Rebellion.

Wer dieser im Entstehen begriffenen »postfordistischen« politischen Kultur begegnen wollte, musste zwangsläufig Raum für Abweichung, Differenz und Heterogenität bieten – etwas, womit kommunistische Parteien von jeher ein Problem hatten. Die Entstalinisierung hatte zwar zu einer Öffnung geführt, zur vollen Entfaltung kam dieser Prozess jedoch erst durch den Druck der Ereignisse Ende der Sechzigerjahre. Erst die Kombination aus Entstalinisierung und beschleunigter gesellschaftlicher Umwälzung in den Sechzigerjahren brachte schließlich den Eurokommunismus hervor.

Szene statt Partei: Die Linke in der BRD seit 1968

In der BRD fehlte eine kommunistische Partei als Auffangbecken für neue politische Ansprüche, während sich gleichzeitig die Zentrifugalkräfte innerhalb der Neuen Linken gegenüber allen Appellen zur Notwendigkeit von Organisation als stärker erwiesen. Bereits 1970 löste sich mit dem SDS ein zentraler Akteur der Revolte auf und zerfiel in zahlreiche Splittergruppen. Zwar leiteten die aus diesem Prozess hervorgehenden Fraktionen später teilweise Parteibildungsprozesse ein, übertrafen dabei jedoch nicht selten den orthodoxen Kommunismus an Dogmatismus. Es bildete sich eine ganze Reihe rivalisierender K-Gruppen und K-Parteien mit marxistisch-leninistischer Struktur, die sich politisch und kulturell als Nachfolger der KPD sahen und deren Symbole übernahmen.²⁹ Über den Umweg des Maoismus leiteten sie auch eine neue Stalin-Rezeption ein und kritisierten den »Revisionismus« der Chruschtschow-Ära als Konterrevolution.

Diese neue Orthodoxie scheint der These von einer zweiten subjektiven Individualisierung als Basis post-fordistischer Politikformen zu widersprechen. Jedoch verweist gerade die Vielzahl der Gruppen und ihre erbitterte Rivalität untereinander eindeutig darauf, dass die Idee einer ideologisch geschlossenen Massenpartei in der BRD der Siebzigerjahre nicht mehr funktionierte. Der Autoritarismus der Kleinparteien und ihr Insistieren auf einer keinen Widerspruch

29 Zu den K-Gruppen siehe Andreas Kühn: *Stalins Enkel, Maos Söhne*, Frankfurt/M. 2005; Jürgen Schröder: *Ideologischer Kampf vs. Regionale Hegemonie – Ein Beitrag zur Untersuchung der K-Gruppen*, Berlin 1990 sowie Henning Böke: *Maoismus*, Stuttgart 2007, S. 124–145. Aufschlussreich auch der Artikel »K-Gruppen« von Stephanie Blankenburg/Herbert Schui in Haug u. a. (Hg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch* (Anm. 5).

duldenden Linie befriedigte bei den Mitgliedern vor allem das Bedürfnis nach Abgrenzung und Unterscheidung vom Mainstream, war also selbst eine Form von individual-identitärem Lebensentwurf.³⁰ Dies mag auch erklären, warum nicht selten Angehörige des früheren anti-autoritären Flügels der Studierendenbewegung zu den Trägern der K-Gruppen wurden.

Die K-Gruppen bildeten jedoch nur einen Teil einer übergreifenden linken »Szene«.³¹ Außerhalb des maoistischen Spektrums gab es fast zu jeder historischen Formation der Arbeiterbewegung ein aktuelles Pendant – etwa die anarchistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU), die brandleristische »Gruppe Arbeiterpolitik« sowie verschiedene trotzkistische Gruppen.³² In diesem zersplitterten Milieu von Klein- und Kleinstparteien war die zuvor als schwach beschriebene DKP mit ihren bis zu 40 000 Mitgliedern fast schon eine Großmacht.³³ Mit Bundestagswahlergebnissen um die 0,2 Prozent gelang ihr jedoch keine Etablierung oberhalb der Kommunalpolitik.³⁴

Weit wirkmächtiger als alle Neugründungen war dagegen eine zeitgleich stattfindende Linkswende bei den Jusos (»Stamokap-Strömung«) und Teilen der Gewerkschaftsjugend. Hier wurden linkssozialistische Positionen aus der »Neuen Linken« in die »alte« sozialdemokratische Arbeiterbewegung zurückgeführt – ohne jedoch mehrheitsfähig zu werden.³⁵

Ab Mitte der Siebzigerjahre gab es innerhalb der zersplitterten Linken Einigungstendenzen in Form der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, wie etwa die Umwelt-, Frauen- oder die Anti-Atomkraftbewegung. Sie waren es, die mit ihren politischen Anliegen Protestpoten-

30 Dies wird insbesondere deutlich in der quasi-folkloristischen Übernahme von Symbolen, Ritualen bis hin zu Kleidungsstilen der Weimarer Arbeiterbewegung. Siehe Kühn: *Stalins Enkel* (Anm. 29), S. 59–57 und S. 243 f.

31 Sowohl Kühn als auch ältere Untersuchungen der K-Gruppen lassen diese nicht-maoistischen Formationen leider außer Acht und stellen die Beziehungen zu anderen Gruppen nur am Rande dar. Es erscheint jedoch sinnvoll, die K-Gruppen als Teil eines größeren links-alternativen Milieus zu sehen. Denn dadurch, dass sie sich durch Revisionismus- und Verratsvorwürfe scharf und provokativ von anderen Akteuren abgrenzten, sicherten sie sich einen erheblichen Teil ihrer Dynamik. Die Dogmatik der K-Gruppen rührt daher m. E. weniger aus Traditionen des *historischen* Stalinismus, sondern aus dem Abgrenzungsbedürfnis innerhalb des *zeitgenössischen* linken Milieus. Diese Abgrenzungsrituale waren allen linken Gruppen eigen und trotz ihrer spaltenden Wirkung paradoxerweise ein einigendes Motiv für das Milieu als Ganzes.

32 Die K-Gruppen zeichneten sich hier jedoch durch besondere ideologische Geschlossenheit und Selbstfixiertheit aus, während andere Gruppen durchaus versuchten, neue Themen aufzugreifen und ihre Konzepte darauf anzuwenden. Dies galt unter den K-Gruppen allenfalls für den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), siehe Kühn: *Stalins Enkel* (Anm. 29), S. 41 sowie für den Kommunistischen Bund (KB), siehe Michael Steffen: *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin 2002.

33 Während es zu den K-Gruppen, die oft nur einige Hundert Mitglieder umfassten, mittlerweile mehrere Studien gibt, existiert zur weitaus größeren DKP interessanterweise keine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung. Ihr West-Berliner Ableger wurde dagegen mehrfach untersucht, siehe dazu Thomas Klein: *SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der »Frontstadt«?*, Berlin 2009 sowie Olav Teichert: *Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED*, Kassel 2011.

34 Zwischen 1972 und 1983 erreichte die DKP bei Bundestagswahlen 0,2 bis 0,3 Prozent der Stimmen und kandidierte bei den folgenden Wahlen nicht mehr.

35 Siehe Wolfgang Abendroth: *Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke*, Berlin 1981; Christoph Butterwegge: *Jungsozialisten und SPD*, Hamburg 1975. Zur Gewerkschaftsjugend siehe Andersen: »Gebremste Radikalisierung« (Anm. 23).

zial bündelten und breitere Kreise der Bevölkerung erreichten. Es erscheint als Ironie der Geschichte, dass es nach zahlreichen fehlgeschlagenen Parteigründungen gerade diese basisdemokratische und organisationskritische Strömung schaffte, mit den »Grünen« erstmals seit dem KPD-Verbot eine Partei links von der SPD zu etablieren.³⁶

Trotz zahlreicher ideologischer Bezüge auf die Ideen des Sozialismus und Kommunismus war das Ende der Sechzigerjahre neu entstehende linke Milieu der BRD zunächst bildungsbürgerlichen Ursprungs und überschneit sich kaum mit dem »klassischen« Arbeitermilieu. Dies lag einerseits daran, dass an den Hochschulen als erstem Zentrum der Debatte vor Einführung des BAföG kaum Arbeiterkinder studierten.

Die Wandlung des klassischen Arbeitermilieus bedeutete jedoch auch, dass dort zunehmend alternative Lebensstile und Strategien aufgenommen wurden. Die »neuen Arbeiter« waren überwiegend Angestellte, welche in den europäischen Nachkriegsgesellschaften langsam zur Mehrheit der Lohnabhängigen wurden. Sie und ihre Kinder waren nach allen ökonomischen Kriterien des Marxismus Proletarier, wirtschaftlich völlig abhängig vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Ihre Alltagskultur und politische Aktivität entsprachen jedoch längst nicht mehr dem Bild, das man mit den Begriffen »Proletariat« oder »Arbeiterklasse« verbindet.³⁷ Dennoch, in den Abstammungslinien heutiger sozialer Milieus, einschließlich des Alternativmilieus, identifizierte der Soziologe Michael Vester »Klassenformationen von langer, Generationen übergreifender Dauer«, indem er bei Großumfragen ab 1991 auch die Bildungsabschlüsse von Eltern und Großeltern abfragte. Seit den Siebzigerjahren stellte er innerhalb der Arbeitnehmerschaft eine starke Mobilität und Modernisierung der Lebensstile fest, aber kaum Mobilität zwischen verschiedenen durch Bildungsabschlüsse markierten Schichten. Vester stimmt daher mit dem Historiker Peter von Oertzen überein, der in den neuen sozialen Milieus nichts anderes als die »modernsten Fraktionen der arbeitenden Klassen« sieht.³⁸ Dieser Prozess der Flexibilisierung führte jedoch keineswegs dazu, dass sich die Arbeitnehmerschaft jemals als Ganzes in ein alternatives Milieu eingeordnet hätte. Lediglich ihre Lebensstile und Berufswege näherten sich infolge der Auflösung des Fordismus einander an.

Diese Auflösung war in den Sechzigerjahren jedoch trotz erster Krisenerscheinungen noch nicht absehbar. Damals stand die Arbeiterschaft der Neuen Linken eher ablehnend gegenüber und orientierte sich mehrheitlich an der SPD – insbesondere als dieser ab 1969 unter Willy Brandt die Regierung zufiel. Der Wahlerfolg der SPD war möglich, weil für breitere Schich-

36 Auch die K-Gruppen hatten ihren Anteil an der Neugründung, der jedoch m. E. tendenziell überschätzt wird. Siehe Kühn: Stalins Enkel (Anm. 29), S. 287 f. sowie Markus Mohr: Der westdeutsche Maoismus und die Partei »Die Grünen«, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner: Beiträge zur Geschichte einer Pluralen Linken, Heft 2: Theorien und Bewegungen nach 1968, Berlin 2010, S. 20–24. Umfassendere Untersuchungen zu diesem Thema liegen bisher nicht vor.

37 Kulturwissenschaftlich beeinflusste Strömungen gerade der angelsächsischen *Labour History* hinterfragen das klassische Bild vom Proletariat als ethnisch und kulturell homogener Masse zunehmend auch für das 19. Jahrhundert und früher. Siehe etwa Marcel Van der Linden: *Workers of the World – Essays towards a Global Labor History*, Leiden 2008.

38 Michael Vester: Alternativbewegungen und neue soziale Milieus, in: Sven Reichhardt/Detlef Siegfried (Hg.): *Das Alternative Milieu*, Hamburg 2010.

ten das konservativ-konformistische Gesellschaftsmodell der Nachkriegszeit fragwürdig geworden war. Das Wohlfahrtsstaatsmodell des Fordismus war hingegen weiterhin konsensfähig – konnte jedoch durch die nun regierende SPD nicht stabilisiert werden. Insbesondere die internationalen Krisen ab 1973 zeigten die Grenzen des fordistischen Wirtschaftsmodells. Eine sich aufbauende Überproduktion konnte nicht allein durch den Konsum der Arbeitenden abgesetzt werden, Exportorientierung und verschärfte internationale Konkurrenz führten nun dazu, dass die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen zunehmend kritisiert und spätestens mit der Machtübernahme konservativer Regierungen in den USA (1981), Großbritannien (1979) und Deutschland (1982) langsam reduziert wurden. Die ökonomischen Grenzen des Fordismus waren erreicht. Sein Erbe trat nicht die Neue Linke an, sondern ein flexibler Neoliberalismus – der jedoch zahlreiche Versatzstücke linker Fordismus-Kritik wie etwa das Streben nach »Selbstverwirklichung« erfolgreich integrierte.

Auch die eurokommunistischen Parteien in Westeuropa schafften es nicht, im Rahmen gesellschaftlicher Kämpfe, die die Krise des Fordismus begleiteten, eine Deutungsmacht zu erlangen. Ihr Abstieg erfolgte daher schon Jahre vor dem Fall der Sowjetunion. Es zeigte sich, dass das Ideal eines demokratischen Kommunismus und das Bedürfnis, durch Anerkennung der parlamentarischen Formen regierungsfähig zu werden, nicht unbedingt deckungsgleich waren. Gerade während der Wirtschaftskrise waren politische Handlungsspielräume eingeschränkt und der Druck zur Aufgabe systemüberwindender Ziele in Kompromissen und Koalitionen besonders hoch. Sowohl der »Historische Kompromiss« der italienischen Kommunisten mit den Christdemokraten als auch das gemeinsame Regierungsprogramm der französischen Sozialisten und Kommunisten scheiterten.³⁹ Überaus schnell nahm daraufhin auch das populäre und wissenschaftliche Interesse am Eurokommunismus ab.⁴⁰ Bis heute gibt es kaum Untersuchungen zum Scheitern des Eurokommunismus.⁴¹ Insbesondere keine, die dieses Scheitern in Zusammenhang mit der Krise des Fordismus und dem daraus resultierenden Anpassungsdruck untersuchen.⁴² In Deutschland entflammten im Zuge der Auswertung vormals geheimer Dokumente zu den Außenbeziehungen der SED zwar neue

39 Die Auflösungserscheinungen westeuropäischer kommunistischer Parteien, die meist monokausal auf die Implosion des staatssozialistischen Lagers 1989–1991 zurückgeführt werden, haben m. E. bereits in diesem Scheitern des Eurokommunismus ihre Ursachen.

40 Die von Heinz Timmermann herausgegebene Sammlung »Eurokommunismus – Fakten, Analysen, Interviews« erreichte 1978 eine Auflage von mindestens 20 000 Exemplaren und war nur eine von mehreren populären Einführungen. In den Achtzigerjahren erschienen dagegen kaum noch Titel zum Thema. Siehe dazu Olga A. Narkiewicz: *Eurocommunism 1968–1986 – a select bibliography*, London 1987.

41 Eine Ausnahme ist Neubert: *Eurokommunismus* (Anm. 5). Der Autor betont darin die Rolle der *Solidarność*-Bewegung in Polen, die die eurokommunistischen Parteien unter Positionierungszwang setzte und kommunistische Ideale in Europa insgesamt schwächte. Ähnlich argumentiert Olga A. Narkiewicz: *The End of the Bolshevik Dream – Western European Communist Parties in the Late Twentieth Century*, New York 1990, S. 140–147.

42 Ideen bieten etwa Joachim Hirsch und Roland Roth, die den »Historischen Kompromiss« als verspäteten Versuch zur Errichtung eines stabilen Korporatismus in Italien beschreiben. In diesem hätte dann die KPI die Rolle gespielt, die in Deutschland der SPD zufiel, siehe Hirsch/Roth: *Das neue Gesicht* (Anm.10), S. 73.

Diskussionen über den Eurokommunismus, diese konzentrieren sich jedoch entsprechend auf außenpolitische Themen.⁴³ Innenpolitisches, aber auch die Frage nach dem Einfluss des Eurokommunismus auf die zersplitterten kommunistischen Gruppierungen in Westdeutschland wurden nicht thematisiert.

Ausblick

Abschließend lässt sich sagen, dass die Abwesenheit des Eurokommunismus in Westdeutschland nicht ohne die unterschiedliche Wirkung der Entstalinisierung auf Westeuropa und die BRD erklärt werden kann. Während sie in Westeuropa Raum für Reformen schuf, beschleunigten die gewaltsamen Reaktionen der Sowjetunion und der DDR auf die Systemkrisen von 1953, 1956 und 1968 den gesellschaftlichen Antikommunismus in Westdeutschland und erstickten jeden Versuch eines Neuanfangs.

Die Frage nach der Abwesenheit des Eurokommunismus in Westdeutschland legt jedoch nicht nur einen weiteren »deutschen Sonderweg« frei, sondern muss multiperspektivisch durch ökonomisch-gesellschaftliche Erklärungsmuster ergänzt werden.

Bemüht man hierzu das Paradigma des Fordismus als forschungsleitendes Theorem, so zeigt sich, dass ähnlich wie die Entstalinisierung auch die Etablierung und Krise des Fordismus unterschiedliche Auswirkungen in Westeuropa und Westdeutschland hatte. In Westeuropa erhöhten sie zuerst langsam, später beschleunigt den Reformdruck auf die kommunistischen Parteien und beförderten deren Demokratisierung. In Westdeutschland hingegen dominierten die Zentrifugalkräfte der verschiedenen Individualisierungsschübe bei Etablierung und Krise des fordistischen Modells. Es entstand schließlich ein neues politisches Feld links von der SPD, das sich jedoch trotz gegenteiliger Ansprüche nur als Szene und nicht als Partei konstituierte.

Diese Sichtweise ermöglicht es, in der zersplitterten kommunistischen Parteien- und Gruppenlandschaft der BRD nach 1968 nicht nur den Ausdruck eines vermeintlichen studentischen Irrationalismus zu sehen, sondern sie als Folge eines Suchprozesses im Rahmen einer größeren politischen Repräsentationskrise zu betrachten, die niemals losgelöst war von ökonomischen Prozessen und Klassenkonflikten.

Diese Suche war seit Ende der Sechzigerjahre durch das Schwanken der Neuen Linken zwischen einer radikalen Kritik am Konformismus der Wohlfahrtsstaaten und der gleichzeitigen Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften geprägt.⁴⁴ Erst in der Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells und später im Neoliberalismus wurde das zweite Motiv dominant.

43 Siehe Di Palma: Die SED (Anm. 4), sowie den Schwerpunktband des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung 2010 zur Kommunistischen Bewegung in Westeuropa nach 1945. Unter dem Titel »Die Beziehungen zwischen der SED und den kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa 1968–1989« beschäftigte sich vom 9. bis 10. April 2010 auch eine Konferenz der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit diesem Thema.

44 Wegweisend für eine marxistische Kritik des Wohlfahrtsstaates war Marcuses Begriff vom »eindimensionalen Menschen«. Siehe Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch, München 1967.

Infolge dieser Suchbewegung kam es auch in Italien, Frankreich und anderen Staaten zu einer Pluralisierung der politischen Linken, die sich teilweise innerhalb der eurokommunistischen Parteien, aber zunehmend auch in einem Gegensatz von Partei und Szene ausdrückte. Aus dieser Sicht erscheint die zersplitterte linke Szene Westdeutschlands und ihre Konsolidierung in den »Neuen Sozialen Bewegungen« der späten Siebzigerjahre nicht mehr unbedingt als Sonderweg im europäischen Kontext. Sie ist vielmehr Vorwegnahme einer politischen Auffächerung, wie sie sich später z. B. auch in Frankreich und Italien zeigte.

Auch in seinen Hochburgen blieb der Eurokommunismus ein vergleichsweise kurzlebiges Phänomen. Gerade Frankreich und Italien waren Geburtsländer für neue politische Formationen wie ATTAC, dem Operaismus, den »Tutti Bianchi« und zahlreichen anderen Akteuren einer heterogenen Bewegung, die sich seit den Neunzigerjahren unter dem losen Begriff der Globalisierungskritik zusammenfand.

Obwohl also die Integration des Fordismusbegriffs und anderer ökonomisch-soziologischer Theoreme in die Historische Kommunismusforschung die klassischen Erklärungsmuster der politischen Geschichte nicht widerlegt, ergänzt sie diese doch. Vor allem aber ermöglicht sie ganz neue Überlegungen zu Kontinuitäten und Brüchen nicht nur in der Arbeiterbewegung, sondern auch zwischen »alter« Arbeiterbewegung und »neuen« sozialen Bewegungen.

